



Bundesverband e.V.

Arbeitshilfe Satzungen

Unterstützung für AWO-Gliederungen bei der Erstellung,
Überarbeitung und der Überprüfung von Satzungsinhalten

Stand: Juni 2022

AWO Bundesverband e. V.

Blücherstr. 62/63

10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0

Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99

E-Mail: info@awo.org

Internet: awo.org

Verantwortlich: Bundesvorstand

Inhaltliche Zuständigkeit: Stabsstelle Governance

© AWO Bundesverband e. V.

Stand: Juni 2022

Liebe Leser*innen,

die Satzungen unserer AWO-Gliederungen sind das zentrale Dokument für die Arbeit und Organisation der Vereine in der AWO. Deshalb ist es wichtig, dass die Erstellung und stetige Überarbeitung der Satzung sachgerecht erfolgt. In der AWO herrscht dafür auch ein hohes Bewusstsein. Den Bundesverband erreichen regelmäßig Fragen und Unterstützungsanfragen dazu.

Um nicht ausschließlich auf die beschlossenen Regelungen für die jeweiligen Satzungen im AWO-Verbandsstatut zu verweisen und um die Informationen zu bündeln, haben wir uns im Bundesverband entschieden, den AWO-Gliederungen diese freiwillige Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen. Sie soll insgesamt eine Unterstützungsleistung für diejenigen sein, die sich intensiver mit diesem Thema beschäftigen – ob nun als ehrenamtlicher Vorstand, hauptamtliche Geschäftsführung oder zuständige Mitarbeitende in den Vereinen.

ARBEITSHILFE SATZUNGEN

- **Abschnitt 1:** Checkliste / Leitfaden für Satzungen der Arbeiterwohlfahrt
- **Abschnitt 2:** Formulierungsvorschläge für Satzungen der Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt

ABSCHNITT 1

Checkliste / Leitfaden für Satzungen der Arbeiterwohlfahrt

Dieser Abschnitt dient dazu, alle erforderlichen Mindestinhalte der AWO-Satzungen auf einen Blick transparent und für alle Anwender*innen leicht nachvollziehbar zu machen. Es handelt sich um Muss-Bestimmungen, die sich aus dem AWO-Verbandsstatut in der Fassung von 2021 sowie aus verbindlichen Bundeskonferenz- und Bundesausschussbeschlüssen ergeben. Die jeweiligen Bestimmungen sind abhängig von der Gliederungsebene umzusetzen.

Die Excel-Datei für die eigene Anwendung ist der Arbeitshilfe als Anlage beigelegt. Sie kann ebenfalls unter

<https://awo.org/governance-der-awo-zentrale-dokumente> gefunden oder über das AWO-Mitgliederhandbuch unter <https://www.awo-onlineservices.org/startseite-mitgliederhandbuch/inhalte/#handbuch> heruntergeladen werden.

Mindestanforderungen für Satzungen in der Arbeiterwohlfahrt

Checkliste/Leitfaden

Bundesverband e.V.

Stand: 09.03.2022

Kontakt: compliance@awo.org

Prüfinstanz:						<p><i>Legende:</i></p> <p>Verwendete Abkürzungen</p> <p>LV = Landesverband</p> <p>BV = Bezirksverband</p> <p>KV = Kreisverband und Regionalverband</p> <p>SV = Stadt- bzw. Gemeindeverband</p> <p>OV = Ortsverein</p>
Bearbeiter*in:						
Gliederung:						
Datum:						
Stand der Regelungen:	AWO-Verbandsstatut in der Fassung von 2021					

Themenfeld	Verbandsstatut	Regelung	Gliederung	Enthalten	Regelungen in der Satzung	weitere Anmerkungen
						Vorweis auf Verbandsstatut in § XY
Vermögensanfallsklausel	Ziff. 13 Abs. 3(a)	- zugunsten der Gliederung, bei der die betreffende Gliederung Mitglied ist	LV/BV/KV/SV/OV	<input type="checkbox"/> Enthalte		
Mitgliedschaft	Ziff. 13 Abs. 3 (b) iVm. (m), Ziff. 5 Abs. 1g und Ziff. 5 Abs. 1a S. 2	- Themenbezogenen Gruppen und Stützpunkte können gegründet werden	OV oder SV/KV mit persönlichen Mitgliedern	<input type="checkbox"/> Enthalte		
	Ziff. 13 Abs. 3 (d) iVm. 2 S. 3	- Regelungen, auf welchem Wege Mitglieder die Bildung einer solchen Gruppe initiieren können	OV oder SV/KV mit persönlichen Mitgliedern	<input type="checkbox"/> Enthalte		
	Ziff. 3 Abs. 4	- Mitgliedschaft natürlicher und juristischer Personen; persönliche Mitgliedschaft im OV oder KV, idR OV am Wohnort oder woanders; Datenerfassung gem vom Bundesverband geführten Adressverzeichnis	OV oder SV/KV mit persönlichen Mitgliedern	<input type="checkbox"/> Enthalte		
	Ziff. 13 Abs. 3 (m), Ziff. 3 Abs. 6	- Körperschaften und Stiftungen müssen gemeinnützigkeitsfähig sein (Ausnahme, wenn 50% AWO Körperschaften Anteile halten) als korporative Mitglieder	LV/BV/KV/SV/OV	<input type="checkbox"/> Enthalte		
	Ziff. 3 Abs. 3 S. 4, 5	- Anerkennung des Verbandsstatus, Unvereinbarkeit mit rechts extremistischen Parteien, Unvereinbarkeit mit öffentlichen Sympathiebekundungen für rechts extremistische Strukturen	LV/BV/KV/SV/OV	<input type="checkbox"/> Enthalte		
Familienmitgliedschaft	Ziff. 13 Abs. 3 (b)	- Familienmitgliedschaft - minderjährige Mitglieder - Delegiertenberechnung: alle Mitglieder werden	LV/BV/KV/SV/OV	<input type="checkbox"/> Enthalte		

ABSCHNITT 2

Formulierungshilfen für Satzungen der Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt

Die Formulierungshilfen dienen – im Rahmen der geltenden Organisationsstrukturen der Arbeiterwohlfahrt sowie unter Anerkennung und Wahrung der für die jeweilige Gliederung in diesem Rahmen gleichzeitig geltenden Vereinsautonomie und Gestaltungsfreiheit – als mögliche Vorlagen für Regelungen in den Satzungen.

Aufgrund wiederkehrender Fragestellungen versucht dieser Leitfaden die Anwender*innen mit entsprechenden Formulierungen zu unterstützen, um die konformen Umsetzungen der AWO-Regularien auf allen Ebenen zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk liegt auf den Regelungen des Verbandsstatuts, die mit der Änderung des aktuellen Verbandsstatuts mit Registereintragung vom 18.11.2021 notwendig werden.

Es bedarf jedoch in jedem Fall zusätzlich einer sorgfältigen Einzelfallprüfung, ob die vorgeschlagene Formulierungshilfe jeweils anwendbar ist und uneingeschränkt verwendet werden kann oder ob deren Anpassung erforderlich ist. Sollten Anpassungen der Formulierungshilfen im Einzelfall für erforderlich gehalten werden, sind Abstimmungen mit der jeweils aufsichtsberechtigten Gliederung zu empfehlen.

Die Inhalte wurden mit größter Gewissenhaftigkeit und aller Sorgfalt zusammengestellt. Die Formulierungshilfen erheben keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Die Formulierungen sind kein Ersatz für eine Beratung durch Ihre Fachreferent*innen oder externe Rechtsberater*innen.

Themenbereich	Ziffer im Statut (Fassung 2021)	Wesentlicher Hinweis	Formulierungsvorschlag *Erläuterungen der farblichen Hervorhebungen: rot = bitte Zutreffendes selbstständig einfügen blau – optionaler Vorschlag
Verweis auf das AWO-Verbandsstatut	Ziff. 3 Abs. 3; Ziff. 13 Abs. 2	Die Satzung muss auf das AWO-Verbandsstatut verweisen und deren Regelungen als Bestandteil der Satzung selbst aufnehmen zur Gewährleistung der Anerkennung des AWO-Verbandsstatuts als Voraussetzung für die AWO-Mitgliedschaft.	¹ <i>Das Verbandsstatut der Arbeiterwohlfahrt ist in der Fassung vom November 2021 Bestandteil der Satzung und als solcher in das Vereinsregister einzutragen.</i> ² <i>Im Fall von Widersprüchen zwischen dieser Satzung und dem Verbandsstatut, geht das Verbandsstatut den Regelungen dieser Satzung vor.</i>
Doppelmitgliedschaft in AWO und Jugendwerk	Ziff. 13 Abs. 3 (b); Ziff. 5 Abs. 4 S. 13	Die Satzung muss eine Regelung zur Doppelmitgliedschaft in der AWO und im Jugendwerk enthalten.	¹ <i>Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt sind bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres auch Mitglieder des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt, sofern sie der Jugendwerksmitgliedschaft nicht widersprechen.</i> ² <i>Ist eine Widerspruchsmöglichkeit nicht gegeben, so kommt eine solche Jugendwerksmitgliedschaft nicht zustande.</i>
Verbindlichkeit der Beschlüsse der Bundesorgane	Ziff. 13 Abs. 3 (e)	Die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Bundesorgane muss sichergestellt werden.	<i>Die Beschlüsse der Bundeskonferenz und des Bundesausschusses zu bundespolitischen Aufgaben und zur Wahrung der Einheitlichkeit des Gesamtverbandes sind verbindlich.</i>
Fortgeltungsklauseln	Ziff. 13 Abs. 3 (g)	Die Satzung muss sicherstellen, dass Vorstand/Präsidium, Revisor*innen und Richter*innen bis zu Neuwahl im Amt bleiben, Delegierte bei besonderen Umständen.	¹ <i>[Das Präsidium / der Vorstand, die Revisor*innen und Richter*innen beim Vereinsgericht – bitte Entsprechendes einfügen] bleiben nach Ablauf der Amtszeit bis zur gültigen Neuwahl im Amt.</i> ² <i>Die Möglichkeit zur Abberufung des [Präsidiums / Vorstandes; Revisor*innen und Richter*innen – bitte Entsprechendes einfügen] bleibt hiervon unberührt.</i> ³ <i>Die Amtszeit der Delegierten endet grundsätzlich mit Beendigung der der Bestellung (Wahl oder Entsendung) nachfolgenden Versammlung.</i> ⁴ <i>Sollte eine rechtzeitige Neubestellung der Delegierten zu einer [Versammlung,</i>

			<p><i>Konferenz oder Ausschuss – bitte Entsprechendes einfügen</i>] der nächsthöheren Gliederung aus einem außergewöhnlichen und nicht vorhersehbaren Grund (z.B. Ausgangssperren oder Epidemien) unmöglich sein, können die zuletzt bestellten Delegierten bis zur Möglichkeit einer Neubestellung ihr Amt auch auf der nächsten Versammlung wahrnehmen.</p>
Berechnung der Delegierten-zahlen	Ziff. 13 Abs. 3 (h)	<p>Die Regelungen zur Berechnung der Delegiertenzahlen müssen Mitglieder berücksichtigen, die den auf der Bundeskonferenz beschlossenen Mindestbeitrag gezahlt haben oder von der Beitragszahlung aufgrund eines auf Bundesebene beschlossenen Befreiungstatbestandes befreit sind. Sofern bei der Delegiertenberechnung Grundmandate vergeben werden sollen, müssen diese zwingend in der Satzung geregelt sein.</p> <p>Sofern Stützpunkte oder themenbezogene Gruppen vorhanden sind, sollten die entsprechenden Beteiligungsrechte über die Wahl von Sprecher*innen in die jeweiligen Gremien sichergestellt werden.</p>	<p>¹Die Mitgliederversammlung im Sinne des Vereinsrechts ist die <i>[eigene Gliederungsform – bitte Entsprechendes einfügen]</i>-konferenz.</p> <p>²Sie wird gebildet aus:</p> <p>a) den Mitgliedern des <i>[Präsidiums / Vorstandes – bitte Entsprechendes einfügen]</i>, b) den auf den <i>[Gemeinde-/Stadt-/Kreis-/Regional-/Bezirks-/Landes – (bitte Entsprechendes einfügen)-konferenzen / Mitgliederversammlungen – bitte Entsprechendes einfügen]</i> gewählten Delegierten.</p> <p>³<i>[Optional, wenn gewünscht: Je [Ortsverein/Gemeinde-/Stadt-/Kreis-/Regional-/Bezirks-/Landesverband – bitte Entsprechendes einfügen] werden [Anzahl – bitte Entsprechendes einfügen] Grundmandate vergeben.]</i></p> <p>⁴Die Anzahl der <i>[Optional, wenn Grundmandate bestehen: übrigen]</i> Delegierten wird nach dem D'hondtschen Verfahren nach der Zahl der persönlichen Mitglieder der <i>[Ortsvereine/Gemeinde-/Stadt-/Kreis-/Regional-/Bezirks-/Landesverbände – bitte Entsprechendes einfügen] [Optional, wenn zusätzlich persönliche Mitgliedschaften von natürlichen Personen in dem Verein, für den die Satzung geändert wird, vorhanden sind: sowie den persönlichen Mitgliedern der [Gemeinde-/Stadt-/Kreis-/Regional – bitte Entsprechendes einfügen]]</i>, die den Mindestbeitrag zahlen, auf der Grundlage der in der zentralen Mitglieder- und Adressverwaltung des Bundesverbandes erfassten Mitgliedern zum Zeitpunkt der letzten <i>[Gemeinde-/Stadt-/Kreis-/Regional-/Bezirks-/Landes – (bitte Entsprechendes einfügen)-konferenzen / Mitgliederversammlungen – bitte Entsprechendes einfügen]</i> vom <i>[Präsidiums / Vorstandes – bitte Entsprechendes einfügen]</i> festgesetzt.</p> <p>⁵In der Berechnung der Delegiertenzahlen sind auch diejenigen zu berücksichtigen, die aufgrund eines Befreiungstatbestandes keinen Beitrag zahlen.</p> <p>⁶Personen in der Familienmitgliedschaft sowie Minderjährige sind bei der Delegiertenberechnung zu berücksichtigen.</p>

			⁷ Alle Geschlechter sollen angemessen vertreten sein. ⁸ [Optional, wenn gewünscht: Frauen müssen zu mindestens 50 Prozent vertreten sein, wenn eine entsprechende Zahl von Kandidat*innen vorhanden ist.] c) [X-Anzahl Vertreter*innen des X-Jugendwerks und je einer*m bevollmächtigten Vertreter*in der korporativen Mitglieder – bitte Entsprechendes einfügen]
Unvereinbarkeiten	Ziff. 13 Abs. 3 (i)	Die Satzungen müssen Regelungen enthalten, wonach eine hauptamtliche Beschäftigung unvereinbar mit der Wählbarkeit und Funktion der Vorstands-, bzw. Präsidiums-, Revisor*innen- und Delegiertenfunktion ist und zu deren Verlust führt.	Folgende Unvereinbarkeiten führen zum Verlust der Wählbarkeit, bzw. der Funktion: (1) Vorstands-, bzw. Präsidiumsfunktionen, wenn ein hauptamtliches Beschäftigungsverhältnis bei derselben Gliederung und zu dieser gehörenden Gliederungen sowie bei Gesellschaften und Körperschaften, an denen die vorgenannten Gliederungen der AWO mehrheitlich beteiligt sind, besteht. (2) Revisor*innenfunktionen, (a) wenn auf der untergeordneten Gliederungsebene gleichzeitig oder innerhalb der letzten vier Jahre Vorstands, bzw. Präsidiumsfunktionen ausgeübt werden bzw. wurden. (b) wenn auf derselben Ebene gleichzeitig oder innerhalb der letzten vier Jahre Vorstands-, Präsidiums-, Geschäftsführungsfunktionen ausgeübt wurden. (c) wenn auf der untergeordneten Gliederungsebene gleichzeitig oder in den letzten vier Jahren ein hauptamtliches Beschäftigungsverhältnis bestand. (3) Delegiertenfunktionen, wenn auf derselben oder übergeordneten Gliederung sowie bei Gesellschaften und Körperschaften, an denen die vorgenannten Gliederungen der AWO mehrheitlich beteiligt sind, ein hauptamtliches Beschäftigungsverhältnis besteht.
Interessenkonflikte	Ziff. 13 Abs. 3 (j)	Die Satzung muss eine Regelung enthalten, dass an Beschlüssen von Organen des Vereins nicht mitwirken darf, wer hierdurch in eine Interessenkollision gerät, insbesondere wenn sie*er oder eine von ihr*ihm	¹ Ein*e Mandatsträger*in kann nicht an der Beratung und der Beschlussfassung teilnehmen, wenn er*sie hierdurch in eine Interessenkollision gerät, insbesondere wenn der Beschluss ihm*ihr selbst, seinem*r bzw. *ihrem*r Ehegatten*in, seinem*r Lebenspartners*in (auch wenn die Ehe/Lebenspartnerschaft innerhalb des letzten Jahres vor Beratung und Beschlussfassung aufgelöst wurde), ihren*seinen Großeltern, Eltern, Kindern, Enkelkindern sowie (Halb-)Geschwistern (jeweils auch des*der

		<p>vertretene Körperschaft durch die Beschlussfassung einen unmittelbaren persönlichen Vor- oder Nachteil erfährt.</p>	<p><i>Ehegatten*in/des*der Lebenspartners*in), Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mitleben oder innerhalb des letzten Jahres mitlebten oder einer juristische Person in der die*der Mandatsträger*in oder eine der vorgenannten Personen, Mitglied des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans (gilt nicht für Mitglieder, die dem Organ als Vertreter*in einer AWO Körperschaft angehören), einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.</i></p> <p>²Zur Bestimmung der nahestehenden Personen gilt im Übrigen der vollständige § 138 InsO in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>³Satz 1 gilt nicht für Wahlen.</p> <p>⁴Die Regelungen des AWO-Governance-Kodex sind einzuhalten.</p> <p>⁵Wer annehmen muss, von der Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, zeigt den Ausschlussgrund unaufgefordert dem*der*den Vorsitzenden des Organs an.</p> <p>⁶Für die Entscheidung in Fällen, in denen der Ausschluss streitig bleibt, ist das jeweilige Organ unter Ausschluss des*der Betroffenen zuständig.</p>
Anerkennung der Aufsichtspflicht	Ziff. 13 Abs. 3 (k); Ziff. 9	<p>Um die Vorlage-, Informations-, Anhörungs- und Zustimmungspflichten sowie das Recht zur Prüfung wirksam in die Satzung zu integrieren, bestehen zwei Möglichkeiten, welche die im AWO-Verbandsstatut geforderte Anerkennung der Aufsicht gewährleisten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die <u>1. Möglichkeit</u> kann gewählt werden, wenn die Satzung – wie oben unter Themenbereich <i>Verweis auf das AWO-Verbandsstatut</i> – auf das Verbandsstatut verweist UND das AWO-Verbandsstatut in das Vereinsregister 	<p><u>1. Möglichkeit</u> (für den Fall, dass ein Verweis auf das AWO-Verbandsstatut wie oben – unter Themenbereich <i>Verweis auf das AWO-Verbandsstatut</i> – dargestellt erfolgt <u>und</u> das AWO-Verbandsstatut in das Vereinsregister eingetragen wird):</p> <p><i>[Der AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] erkennt das Recht der Aufsicht und Prüfung für sich und die Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die er beherrschenden Einfluss nehmen kann, durch die übergeordnete Gliederung – den AWO [(Name der übergeordneten Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] – nach dem AWO-Verbandsstatut, insbesondere gemäß Ziffer 9, an.</i></p> <p><u>2. Möglichkeit</u> (für alle übrigen Fälle):</p> <p>(1) ¹<i>[Der AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] erkennt das Recht der Aufsicht und Prüfung für sich und die Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die er beherrschenden Einfluss nehmen kann, durch die übergeordnete Gliederung – den AWO [(Name der übergeordneten Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen]-nach dem AWO-</i></p>

		<p>eingetragen wird.</p> <p>- Die <u>2. Möglichkeit</u> muss in allen übrigen Fällen gewählt werden.</p>	<p>Verbandsstatut, insbesondere gemäß Ziffer 9, an.</p> <p>²[Der AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] stellt sicher, dass die Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die er Einfluss nehmen kann, die Aufsichtsrechte anerkennen.</p> <p>³[Der AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] ist gegenüber seinen Gliederungen und den Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die die Gliederungen beherrschenden Einfluss nehmen können im Rahmen des AWO-Verbandsstatuts zur Aufsicht und zur Prüfung berechtigt (optional, wenn gewünscht: und verpflichtet).</p> <p>⁴[Der AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte entsprechendes einfügen] ist dem in seinem Gebiet bestehenden Jugendwerk nach den nachfolgenden Absätzen 3 a, b, c iii) und d iii) sowie Absätzen 4 und 6 zur Aufsicht berechtigt.</p> <p>(2) ¹Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt ist darüber hinaus gegenüber allen Gliederungen berechtigt, die Einhaltung der Vorgaben des AWO-Governance-Kodex zu überprüfen. ²Daneben kann der Bundesverband gemäß dem nachfolgenden Absatz 5 Satz 3 tätig werden.</p> <p>(3) Zur Wahrnehmung der Aufsichtsrechte [des AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] gegenüber seinen Gliederungen, der übergeordneten Gliederung gegenüber [des AWO (Name der eigenen Gliederung) – bitte Entsprechendes einfügen] sowie des Bundesverbandes bestehen folgende Vorlage-, Informations-, Anhörungs- und Zustimmungspflichten:</p> <p>(a) ¹Es bestehen folgende laufende Vorlagepflichten:</p> <p>i. Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfung mitsamt dem Bericht zur Prüfung nach HGrG ist der nächsthöheren Gliederung einzureichen.</p> <p>ii. Der Jahresprüfbericht der Verbandsrevision ist der nächsthöheren Gliederung einzureichen.</p> <p>iii. Die Erklärungen zur Einhaltung des AWO-Governance-Kodex sind der übergeordneten Gliederung fristgemäß vorzulegen.</p> <p>iv. Die zur Anhörung gemäß Buchstabe (c) sowie zur Entscheidung über die Erteilung</p>
--	--	--	--

			<p>einer Zustimmung gemäß Buchstabe (d) erforderlichen Unterlagen sind der übergeordneten Gliederung oder dem Bundesverband rechtzeitig vorzulegen. v. Mitglieder des ehrenamtlichen Vorstands oder des Präsidiums haben ihre Kontaktdaten in der vom Bundesverband geführten Zentralen Mitglieder- und Adressverwaltung zu hinterlegen.</p> <p>²Die Berichte müssen sich auf die Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die der*die Beaufsichtigte beherrschenden Einfluss hat, erstrecken.</p> <p>³Die übergeordnete Gliederung kann davon in begründeten Ausnahmefällen befreien.</p> <p>(b) ¹In folgenden Fällen besteht eine unverzügliche Informationspflicht an die übergeordnete Gliederung:</p> <ul style="list-style-type: none"> i. Drohende Zahlungsunfähigkeit, drohende Überschuldung, Antrag auf und Eröffnung eines Restrukturierungsverfahrens. ii. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Eröffnung eines Schutzschirmverfahrens und Bestellung eines*r Sachwalter*in, Eröffnung eines allgemeinen Insolvenzverfahrens. iii. Prüfung eines Anfangsverdachts und Einleitung eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens gegen Mitglieder von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen oder Geschäftsführer*innen ohne Organfunktion. iv. Besondere Vorkommnisse vor Ort, die geeignet sind, das Ansehen der Arbeiterwohlfahrt erheblich zu schädigen. v. Bei Gründung oder Erwerb (auch von Anteilen – außer Finanzanlagen) rechtlich selbstständiger juristischer Personen. <p>²Die Informationspflicht erstreckt sich auch auf Fälle in den Körperschaften, Vereinigungen, Unternehmen und Stiftungen, auf die der*die Beaufsichtigte beherrschenden Einfluss hat.</p> <p>(c) In folgenden Fällen muss die übergeordnete Gliederung und in Fällen von (c) Doppelbuchstabe ii der Bundesverband angehört bzw. gegenüber der übergeordneten Gliederung berichtet werden:</p>
--	--	--	---

		<p>i. ¹Vor Bestellung des*der Geschäftsführers*in bzw. des hauptamtlichen Vorstandes und vor Abschluss bzw. Verlängerung seines*ihrer Arbeitsvertrages ist die übergeordnete Gliederung anzuhören. ²Es gelten die vom Bundesausschuss entwickelten und bekannt gemachten Anforderungen an die Qualifikation von Geschäftsführer*innen bzw. für die Mitglieder des hauptamtlichen Vorstandes.</p> <p>ii. ¹Soll der*die Geschäftsführer*in bzw. der hauptamtliche Vorstand einer Gliederung der Arbeiterwohlfahrt oder der*die Geschäftsführer*in eines AWO-Unternehmens, an dem die Arbeiterwohlfahrt mehrheitlich beteiligt ist, eine Vergütung erhalten, die über den Höchstbetrag der Vergütung, der sich gemäß Ziffer 3.2.2 Buchstabe d) AWO-Governance-Kodex berechnet, hinausgeht, ist vor Abschluss des Arbeitsvertrages der Bundesverband anzuhören. ²Die Gliederung hat den Ausnahmefall gemessen am verbandlichen Maßstab schriftlich darzulegen. ³Erfolgt die Anhörung des Bundesverbandes vor Abschluss des Arbeitsvertrages nicht, ist der Arbeitsvertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.</p> <p>iii. Vor dem Beschluss über die Auflösung des Vereins ist die übergeordnete Gliederung anzuhören.</p> <p>iv. Vor dem Eingehen von Verpflichtungen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, deren vollständige Finanzierung nicht feststeht, ist die übergeordnete Gliederung rechtzeitig und umfassend einzubeziehen.</p> <p>(d) In folgenden Fällen ist die Zustimmung der übergeordneten Gliederung einzuholen:</p> <p>i. Über Befreiungen von der Pflicht, eine*n Wirtschaftsprüfer*in nach Ziffer 8.3. des AWO-Verbandsstatuts heranzuziehen, entscheidet die nächsthöhere Gliederung.</p> <p>ii. ¹Über die Aufnahme eines korporativen Mitglieds entscheidet das zuständige Organ vorbehaltlich der Zustimmung der nächsthöheren Gliederung. ²Es gilt die vom Bundesausschuss beschlossene Richtlinie.</p> <p>iii. ¹Jede Satzungsänderung bedarf der Zustimmung der übergeordneten Gliederung. ²Vor der [Mitgliederversammlung/(eigene Gliederungsform)-konferenz – bitte Entsprechendes einfügen], die über die Satzungsänderung entscheidet, ist die nächsthöhere Gliederung rechtzeitig anzuhören. ³Nach der [Mitgliederversammlung/(eigene Gliederungsform)-konferenz – bitte Entsprechendes einfügen] ist die Genehmigung der nächsthöheren Gliederung einzuholen. ⁴Sofern die</p>
--	--	---

			<p><i>Genehmigung nicht unmittelbar erteilt werden kann, widerspricht die nächsthöhere Gliederung der Entscheidung innerhalb einer Ausschlussfrist von 4 Wochen ab Zugang der Anfrage bei ihr. ⁵Der Widerspruch ist in einer weiteren Frist von 4 Wochen zu begründen. ⁶Macht die nächsthöhere Gliederung von dem Widerspruchsrecht keinen Gebrauch, gilt die Satzung nach Ablauf der ersten Ausschlussfrist als genehmigt.</i></p> <p><i>iv. Die Landes-, Bezirks- und Kreis- sowie gegebenenfalls Stadt- bzw. Gemeindeverbände können durch Beschluss des Präsidiums oder des ehrenamtlichen Vorstandes verlangen, dass die jeweils untergeordneten Gliederungen sich per Satzung verpflichten, vor dem Eingehen von Verpflichtungen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, deren vollständige Finanzierung nicht feststeht, die Zustimmung der nächsthöheren Gliederung einzuholen.</i></p> <p><i>v. ¹Die Landes-, Bezirks- und Kreis- sowie gegebenenfalls Stadt- bzw. Gemeindeverbände können durch Beschluss des Präsidiums oder des ehrenamtlichen Vorstandes verlangen, dass die jeweils untergeordneten Gliederungen sich per Satzung verpflichten, vor der Bestellung des*der hauptamtlichen Geschäftsführers*in und hauptamtlichen Vorstandes und vor Abschluss seines*ihres Dienstvertrages die Einwilligung der übergeordneten Gliederung einzuholen. ²Sofern die Einwilligung nicht unmittelbar erteilt werden kann, widerspricht die übergeordnete Gliederung der Entscheidung innerhalb einer Ausschlussfrist von 2 Wochen ab Zugang der Anfrage bei ihr. ³Der Widerspruch ist in einer weiteren Frist von 4 Wochen zu begründen. ⁴Macht die nächsthöhere Gliederung von dem Widerspruchsrecht keinen Gebrauch, gilt die Besetzung nach Ablauf der ersten Ausschlussfrist als genehmigt.</i></p> <p><i>(4) Die Aufsicht umfasst das Recht zur anlassunabhängigen Prüfung. Die Aufsicht umfasst – unabhängig von der Auferlegung einer Aufsichtspflicht – insbesondere:</i></p> <p><i>(a) ¹Das Recht der aufsichtsberechtigten Gliederung, Berichte und Unterlagen des*der Beaufsichtigten anzufordern (z.B. Budgets). ²Diese*r ist zur unverzüglichen Vorlage verpflichtet.</i></p> <p><i>(b) Das Recht der aufsichtsberechtigten Gliederung, nach vorheriger Ankündigung die Geschäftsräume und Einrichtungen des*der Beaufsichtigten zu betreten und zu</i></p>
--	--	--	---

			<p><i>besichtigen, die digitale wie analoge Geschäfts-, Buch- und Kassenführung zu überprüfen, Akten und Geschäftsunterlagen (auf Papier, digitalen Systemen oder auf Datenträgern) einzusehen, Abschriften oder Kopien zu fertigen, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter zu befragen sowie an Sitzungen der Organe, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgremien teilzunehmen.</i></p> <p><i>(c) Das Recht der aufsichtsberechtigten Gliederung, außerordentliche Mitgliederversammlungen bzw. Konferenzen einzuberufen.</i></p> <p><i>(d) Eine jährlich durchzuführende stichprobenartige Überprüfung der in den Erklärungen zur Einhaltung des AWO-Governance-Kodex gemachten Angaben.</i></p> <p><i>(e) Eine Überprüfung, ob die Vorgaben des AWO-Governance-Kodex hinsichtlich der Trennung von Führung und Aufsicht und der Behandlung von Interessenkonflikten durch die der Aufsicht unterliegenden Gliederung eingehalten worden sind.</i></p> <p><i>(5) ¹Die Aufsicht umfasst – unabhängig von der Auferlegung einer Aufsichtspflicht – die anlassabhängige Prüfung. ²Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen gesetzliche oder AWO-interne Vorschriften vor, muss die aufsichtsberechtigte Gliederung unverzüglich ein Prüfverfahren gegen die beaufsichtigte Gliederung einleiten. ³Hat die aufsichtsberechtigte Gliederung innerhalb dieser Zeit kein Aufsichtsverfahren eingeleitet oder hat der Vorstand des Bundesverbandes begründete Zweifel an der Durchführung eines ordnungsgemäßen Aufsichtsverfahrens der übergeordneten Gliederung, so kann der Bundesverband die Aufsicht übernehmen. ⁴Der Bundesverband kann das Aufsichtsverfahren im eigenen Ermessen an die aufsichtsberechtigte Gliederung abgeben.</i></p> <p><i>(6) ¹Zuständig für die unter Absätzen 3, 4 und 5 genannten Rechte ist der Vorstand bzw. der Vorstand in Abstimmung mit dem Präsidium. ²Die zur Aufsicht berechnigte Gliederung kann einen Dritten mit der Durchführung beauftragen. ³Übernimmt der Bundesverband die Aufsicht gemäß Absatz 2 Satz 2 i. V. m. Absatz 5 Satz 3 trägt die eigentlich zur Aufsicht berechnigte Gliederung die Kosten. ⁴Die zur Aufsicht berechnigte</i></p>
--	--	--	---

			<p>Gliederung kann außerdem die Verbandsrevisor*innen anregen, eine Prüfung durchzuführen.</p> <p>(7) Die Haftung der aufsichtsberechtigten Gliederung für einfache Fahrlässigkeit ist gegenüber Vereinsmitgliedern ausgeschlossen.</p>
Quotenregelung	Ziff. 13 Abs. 3 (I)	<p>Die Satzung muss eine Quotenregelung zur Förderung der Gleichheit der Geschlechter, insbesondere der Förderung von Frauen im Vorstand; Präsidium und bei Delegierten zu Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundeskonferenzen enthalten. Bei Ausschüssen kann die Regelung zusätzlich aufgenommen werden.</p> <p>Die Quotenregelung sollte jeweils einzeln bei den entsprechenden Regelungen zu Präsidium, Vorstand, Richter*innen, Revisor*innen und Delegierten aufgenommen werden.</p>	<p>Alle Geschlechter sollen angemessen berücksichtigt werden/vertreten sein. <i>[Optional, wenn gewünscht: Frauen müssen zu mindestens 50 Prozent vertreten sein, wenn eine entsprechende Zahl von Kandidat*innen vorhanden ist.]</i></p>
Virtuelle Versammlungen	Ziff. 13 Abs. 3 (m)	<p>Die Satzung muss eine Möglichkeit der Durchführung von Mitgliederversammlungen oder Delegiertenkonferenzen als Präsenzversammlung und in virtueller Form vorsehen.</p>	<p>¹Die <i>[Mitgliederversammlung/(eigene Gliederungsform)-konferenz - bitte Entsprechendes einfügen]</i> kann als Präsenzversammlung oder als virtuelle Versammlung, d.h. ohne Anwesenheit der Mitglieder an einem Versammlungsort, abgehalten werden. In der Regel ist eine Präsenzversammlung durchzuführen.</p> <p>²Die virtuelle Versammlung erfolgt durch Einwahl aller Teilnehmenden in eine Video- oder Telefonkonferenz (virtueller Versammlungsraum), in der die Mitglieder ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können.</p> <p>³Hierfür kann eine entsprechende Plattform im Internet bereitgestellt werden, in welcher die Teilnehmenden sich einwählen und anschließend abstimmen.</p> <p>⁴Eine Kombination von Präsenzversammlung und virtueller Versammlung</p>

			<p>(Hybridversammlung) ist möglich, insbesondere indem den Teilnehmenden die Möglichkeit eröffnet wird, an der Präsenzversammlung mittels Video- oder Telefonzuschaltung teilzunehmen oder bei physischer Anwesenheit des Teilnehmenden am Versammlungsort die Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation auszuüben.</p> <p>⁵Dem [Präsidium / Vorstand / Gesamtvorstand / Erweiterten Vorstand – bitte Entsprechendes einfügen] obliegt die Entscheidung über die Form der Durchführung der [Mitgliederversammlung / (eigene Gliederungsform)-konferenz – bitte Entsprechendes einfügen]. Die Entscheidung ist in der Einladung zur [Mitgliederversammlung / (eigene Gliederungsform)-konferenz – bitte Entsprechendes einfügen] mitzuteilen.</p>
--	--	--	---